

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.  
Wertschätzlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei fester Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 12 Pf. mehr.  
Alle Poststellen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(1914-1918)  
Berlin N.O. 25, Großsiedler Straße 221/222.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 40 Pf., Familienanz. 25 Pf.,  
Verordnungs. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Großsiedlerstraße 221/222.  
Gesamtvorstand: Amt Alexander, Nr. 100B.

Nr. 17/18.

Berlin, Sonnabend, 2. März 1918.

Fünzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Ankämpfer und Ausgliederer der Streiks. — Zur Beteiligung am freieitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenkongress. — Die Praxation im In- und Auslande. — „Unabhängige“ Sprengungsversuche. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands. — Ereignisse.

## Ankämpfer und Ausgliederer der Streiks.

Verlauf wie Ergebnis der letzten Streikbewegung werden wohl so manchem Arbeiter, der sie aus Gedankenlosigkeit, aus Mangel an Rückgrat oder auch infolge völlig falscher Beurteilung der gesamten Lage mitgemacht hat, die Lust benommen haben, sich künftig an derartigen gefährlichen Experimenten zu beteiligen. Innerpolitische Ziele können auf diesem Wege nicht erreicht werden, und der Glaube, durch den Ausstand das Ende des furchtbaren Krieges herbeizuführen zu können, dürfte denn doch wohl durch den Gang der Ereignisse arg erschüttert worden sein. Dazu reden die gleich nach dem Streik in Versailles gefassten Beschlüsse des Kriegsrats der Alliierten doch eipe zu deutliche Sprache. Auf den ersten Augenblick hat ja der Gedanke, daß durch die Einstellung der Munitionserzeugung der Krieg beendet werden müßte, etwas Bestechendes. Wenn in allen Ländern gleichzeitig kein Kriegsmaterial mehr hergestellt wird, muß der Kampf schließlich aufhören. Und diejenigen sowohl, die die deutschen Arbeiter in den letzten Streik geholt haben, als auch die, die in der Zukunft solche Versuche machen werden, haben den Arbeitern immer und immer wieder eingeredet, bestimmt oftmals wider besseres Wissen, daß auch in den Ländern der Feinde, in Frankreich und England namentlich, die Arbeiter zu gleicher Zeit in den Streik treten würden. Von einzelnen kleinen Bewegungen abgesehen, dachte man dort aber gar nicht daran. Man ließ die deutschen Arbeiter streiken, selbst aber arbeitete man ruhig weiter und schaffte das Material herbei, um die in den Schützengräben liegenden deutschen Arbeiter zu versorgen. Das liegt in der Natur der Dinge begründet. Selbst auf internationalen Sozialistenkongressen ist, wie der „Vorwärts“ ausdrücklich hervorhebt, immer gesagt worden: Da der revolutionäre Massenstreik nicht in allen Ländern gleichzeitig und mit gleicher Stärke ausbrechen kann, bedroht er dasjenige Land am meisten, wo er zuerst und am stärksten wirkt. Die Nichtigkeit dieser Behauptung ist an Ausland bestätigt worden. Und Herr Trotski hätte gar zu gern gesehen, wenn im Deutschen Reich die das Schauspiel wiederholt hätte. In Bemühungen hat er es jedenfalls nicht fehlen lassen.

Für jeden klar denkenden und einsichtigen Arbeiter kann kein Zweifel bestehen, daß Streiks im gegenwärtigen Augenblick, wo die Entscheidung in dem furchtbaren Völkerringen offenbar in greifbarer Nähe gerückt ist, dem Vaterlande und unseren kämpfenden Brüdern an den Fronten nur gefährlich sein können. Vorteil davon haben lediglich unsere Feinde, die den Frieden noch nicht wollen, weil sie immer noch sich in der Hoffnung wiegen, das deutsche Volk unterbekommen zu können. Und weil ihnen dies durch die Gewalt der Waffen nicht gelangt, versuchen sie es dadurch, daß sie uns auseinanderzureißen versuchen, daß und Herrlichkeit erzeugen. Sie wollen das deutsche Volk trennen, um es dann beherrichen zu können. Deshalb haben wir auch den hier und da geäußerten Verdacht, ausländische Einflüsse seien bei der Angliederung dieser Streiks mit im Spiele gewesen, keineswegs rüchweg abgelehnt. Etwas Wahres ist bestimmt daran. Wer hat die gewiß nicht un-

trächtlichen Kosten für die Herstellung und Verbreitung der Millionen anonymer Anschläge getragen, für die niemand die Verantwortung übernehmen will? Bei einem Teil ist einwandfrei festgestellt, daß diese Flugblätter aus dem Auslande eingeschmuggelt worden sind. Gewisse Juden zwischen unsren Feinden und Zionen in unsern Lande sind aufgefunden. Und die „Yorkshire Post“ verbreitet aus Washington die Meldung, William Churchill, der Chef der Publikationsabteilung, habe in der Postkommission des Abgeordnetenhauses erklärt, das Vertrauen der deutschen Regierung werde schrittweise durch amerikanische Propaganda untergraben. Größere, besser organisierte Streiksinnans Deutschland seien für den 1. Mai anberaumt.

Es besteht gar kein Anlaß, an der Zuverlässigkeit dieser Meldung zu zweifeln. Der Plan ist echt amerikanisch! Wer entkann sich nicht noch der von Feindentriebe und Gerechtigkeitsgefühl tiefenden Kundgebungen des „ollen ehrlichen“ Herrn Wilson zu einer Zeit, wo die amerikanischen Fabriken fieberhaft Munition herstellten zur Vernichtung deutscher Soldaten! Wer, wo die Mase gefallen, die Scheinheiligkeit überflüssig geworden ist, sucht man, da im offenen Kampfe keine Vorbeeren zu holen sind, auf Umwegen keinen Ziele näher zu kommen. Die Millionen, die eine solche Streikpropaganda erforderlich macht, liefern für die Amerikaner keine Malle. Sie sind reichlich durch die Munitionsbereitstellung vorher eingebracht und ihr Verlust läßt sich leichter verschmerzen als das Leben und Gesundheit von Hunderttausenden von Menschen. Traurig ist es nur, daß es Subjekte gibt, die sich sonst vergessen können, daß sie ihre Hand zur Unterstützung solcher Pläne bieten und um schänden Gewinnes willen ihrem Vaterlande schmerzhaften Schäden zufügen, behäufend, daß Tausende von deutschen Arbeitern ihren Maschinen zum Opfer fallen. Ob wohl nach der offensivlichen Feststellung, daß feindliches Geld für die Ansetzung von Streiks zur Verwendung gelangt, endlich den großen Waken die Augen geöffnet werden, ob ihnen endlich um Bewußtsein kommt, wessen Gefährte sie beizogen, wenn sie gedankenlos jeder Aufforderung zur Arbeitsniederlegung Folge leisten? Wir haben schon darauf hingewiesen, daß hier und da in den Betrieben neue Verluste unternommen werden, um bei dieser oder jener Gelegenheit wieder einen Ausstand ins Werk zu setzen. Zum 1. Mai wird es daran auch gewiß nicht fehlen. Nun aber wissen die deutschen Arbeiter, was es mit diesen Streiks auf sich hat, wer davon Vorteil hat und wer der eigentliche Urheber ist. Herr Churchill hat es denen, die es bisher nicht wahr haben wollten, mit untrüger Offenheit verraten. Soffentlich wirkt diese Offenheit verzerrend und bringt denen, die an die Friedensverfügende Wirkung von Streiks glaubten, die richtige Erkenntnis bei, daß gerade das Meaenteil damit erreicht wird. Nachdem alle von deutscher und verbündeter Seite gemachten, ehrlich gemeinten Friedensangebote seitens der Feinde schmäde zurückgewiesen worden sind, kann es kein anderes Mittel, möglichst bald zum Frieden zu kommen, geben als treue Pflichterfüllung nicht nur an den Fronten, sondern auch in der Heimat. Die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine werden danach handeln, und wir sind überzeugt, daß auch die überatobe Mehrzahl der andern deutschen Arbeiter mehr und mehr auf diesen Standpunkt gelangt ist, so daß jene unverantwortlichen Trahitzieher, die sich als Werkzeuge

bestochener Dinkelmänner mißbrauchen lassen, künftig hin lauten Ohren predigen und sich viel mehr eine gründliche Abfuhr holen werden.

## Zur Beteiligung am freieitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenkongress

veröffentlicht jetzt der mit der Vorbereitung beauftragte Ausschuss folgenden Aufruf:

Der Geist vom 4. August 1914 hatte die verschiedenen Schichten der Bevölkerung Deutschlands einander näher gebracht. Mandes Vorurteil war geschwunden, manches Mißverständnis konnte beseitigt werden. An ihrer Stelle trat gegenseitiges Vertrauen, das unser Volk in harter Zeit über so manche Schwierigkeit hinwegzubringen vermochte. Aber während der ungenügend langen Dauer des Krieges hat sich hierin vieles wieder geändert. Das berechtigete Vorwärtsdrängen der Arbeitnehmerschaft aller Berufsgruppen zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, zur Anerkennung ihrer wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung und zur Herbeiführung wahrer Freiheit auf den verschiedenen Gebieten ist auf Widerstände gestoßen, die jenen alten Geist atmen, der vor dem Kriege geherrscht hat, der aber nicht mehr in das neue Deutschland mit hineinvernommen werden darf. Die kommende Zeit wird der Mitarbeit aller der Organisationen und ihrer Führer nicht entzogen können, die an dem Wiederaufbau und der Förderung unseres Wirtschaftslebens, an der Herbeiführung freierlicher Zustände im Innern und kraftvoller Betätigung nach außen in wahrhaft vaterländischem Sinne zu helfen bereit sind. Sollen die Wunden geheilt werden, die der Krieg geschlagen hat, dann müssen alle Kreise der Bevölkerung hierzu hilfreiche Hand bieten; kann darf nicht nur die eine oder die andere Gruppe der Bevölkerung als besonders unersetzlich gelten, sondern dann müssen alle Schichten dafür gewonnen werden und muß insbesondere auch den auf freieitlich-nationaler Grundlone stehenden Arbeitnehmervereinigungen der erforderliche Einfluß eingeräumt und gesichert werden.

Während andere Arbeitnehmervereinigungen zur besseren Geltendmachung ihrer gemeinsamen Forderungen und Durchsetzung ihrer Forderungen den hierzu erforderlichen Zusammenschluß längst gefunden haben, sind die freieitlich-nationalen Gruppen der Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen bisher noch nicht zu einer solchen Sammlung ihrer Kräfte gekommen. Jede dieser Gruppen ist mehr oder weniger ihrer eigenen Wege gegangen, obwohl sie grundsätzlich doch schließlich alle denselben Ziele mit gleichen Mitteln zuzueben. Die Wirkung ihrer erzieherischen Eingelarbeit ließe sich aber zweifellos erhöhen, wenn es gelang, diese Arbeitnehmergruppen zur gemeinsamen Arbeit in den allgemeinen Fragen zusammenzuführen.

Seit längerer Zeit schon haben sich Führer verschiedener freieitlich-nationaler Arbeitnehmerverbände mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Sie sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß jetzt die Zeit gekommen sein dürfte, um zunächst

einen Kongress der freieitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen

in Berlin zu veranstalten. Parteipolitische Rücksichten sollen hierbei in keiner Weise zur Geltung kommen, weil dies den Zielen und Zwecken dieser Organisationen widersprechen würde. Der Kongress, der voraus-

hichtlich in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten stattfinden wird, soll sich vielmehr mit Fragen der sozialen Kultur, der staatsbürgerlichen Erziehung, der Vertretung der Arbeitnehmerschaft in den Parlamenten, mit dem Wohnungswesen und mit der Frage der Arbeitnehmer- und Wirtschaftspolitik im neuen Deutschland beschäftigen. Da schon eine Anzahl bedeutender Organisationen ihren Beitritt erklärt hat, wird der Kongress auch seinen Eindruck nicht verfehlen.

Wir rufen alle freibeitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen im Deutschen Reich zur Beteiligung an diesem Kongress auf und erlauben sie, ihre Bereitwilligkeit bis zum 1. April 1918 an den Freibeitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenauschuss<sup>1)</sup> in Berlin W.O. 5, Greifswalderstraße 221-23, mitteilen zu wollen, von wo ihnen dann jede weitere Auskunft bereitwillig gegeben wird.

**Freibeitlich-nationaler Arbeiter- und Angestellten-Auschuss.**

- Verband Deutscher Eisenbahnwerker und Arbeiter.
- Verband der Deutschen Gewerbetreie (Hirsch-Länder).
- Verband Deutscher Handlungsbekleideten.
- Deutscher Werkschlosser-Verband.
- Verein der Deutschen Kaufleute.
- Bund Deutscher Telegraphenarbeiter, Sorarbeiter und Handwerker.
- Deutscher Militärarbeiter-Verband.
- Bund deutscher, österreichischer und schweizerischer Brauergesellen.

**Die Brotration im In- und Auslande.**

Die infolge des Kriegsausstandes eingetretenen Ernährungsschwierigkeiten haben manchen Unwillen in der Bevölkerung ausgelöst. Die Schwerkraftarbeit hat Versuche mehrfacher Art unternommen, um wenigstens die Mengen notwendiger Nahrungsmittel zu erhalten, die zur Erhaltung der Arbeitskraft unerlässlich sind. Trotzdem ist das ganze Volk — abgesehen von denen, die sich vermöge ihres gut gefüllten Geldbeutels auf dem Wege des Schleichhandels und dornöde ihrer guten „Verbindungen“ besser ernähren können — auf eine recht mager und knappe Beköstigung angewiesen. Das ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern der Fall. Herr Dr. Rittscher-München gibt in einem längeren Auffass. Aufsatz über die Brotrationierung in den verschiedenen Ländern. Aus seinen Darlegungen sind die folgenden besonders bemerkenswert:

Die Unterbindung der weltwirtschaftlichen Beziehungen durch den Krieg hat zunächst den Mittelmächten, seit längerem aber auch den feindlichen und neutralen Staaten Europas die gegenseitige Hilfe in der Lebensmittelversorgung sehr erschwert. Bei der fortschreitenden wirtschaftlichen Isolierung der Staaten gibt nur der Ertrag des eigenen oder des in erreichbarer Nähe befindlichen fremden Bodens Sicherheit gegen Hungersnot. Für die Mittelmächte, vornehmlich für Deutschland, war die frühe Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung und der Verbrauchsregelung von großem Vorteil für die Lebensmittelversorgung. Hinsichtlich der Grundlage der Volksernährung, der Brotversorgung, ist die Lage Deutschlands heute, unabhängig von den Kriegsverhältnissen, weit auskömmlicher als die der Westmächte. Diese haben verjährt, rechtzeitig genügende Vorräte zu treffen für die wirtschaftliche Defensive, in die sie durch die Wirkungen des U-Boot-Krieges mehr und mehr gedrängt wurden.

Die Getreideversorgung der Westmächte ist durch die stetige, sich von Monat zu Monat verschärfende Verminderung des verfügbaren Schiffsraums — zwei Siebentel des bei Kriegsbeginn vorhandenen Weltfrachtraums wurden bis Anfang 1918 verjährt — in bedenkliche Schwierigkeiten geraten. Die Ueberflüssigkeiten der wichtigsten überseeischen Getreideerzeugungsgelände, Australien, Indien und Amerika, kommen heute nur mehr in äußerst beschränktem Umfang für die Versorgung Europas in Betracht. An die Rationierung ihres inländischen Brotverbrauchs sind aber die feindlichen Mächte — nicht zuletzt, weil ihnen bis dahin ihre Eitelkeit und die Rücksicht auf die Volkstimmung die Nachahmung des bewährten deutschen Vorbildes verbot — erst zu einer Zeit herangezogen, als der Ertrag des Verbrauchs durch inländische oder überseeische Auffüllung ihrer Getreidevorräte schon mehr als zweifach war.

Die Einschränkung des täglichen Brotverbrauchs ist zur Zeit in Europa — mit wenigen Ausnahmen — allgemein eingeführt. Beim Vergleich der in- und ausländischen Brotationen ist zu bedenken, daß sie das Höchstmaß dessen darstellen, was die staatlichen Versorgungsbehörden den Verbrauchern zuteilen können; maßgebend dabei sind die verfügbaren Getreidemengen und die Sorge für einen möglichst guten Ernährungszustand.

Ausgegangen wird jeweils von der Grundration des Mehlanteils (in Brot); die Rationierung der landwirtschaftlichen Selbstverorger kann außer Betracht bleiben, weil sie den üblichen Brotverbrauch nur wenig beeinflusst. Die Ergänzung der Grundrationen durch Zulagen für die schwerarbeitende Bevölkerung gewährt Rückschlüsse auf die Brotversorgung dieser Volksschichten. Für Deutschland ist die anfangs November 1917 endgültig bestimmte Brotation von 286<sup>1)</sup>/<sub>2</sub> Gramm — täglich 220 Gramm durch Kartoffeln gestrecktes Brotmehl — zugrunde gelegt. Auch bei Österreich ist die nachträgliche Verringerung der ursprünglichen Verbrauchsmengen berücksichtigt. Für England erscheinen die Brotmengen, die von maßgebender britischer Stelle nach der Einführung der allgemeinen Rationierung als zulässiger Höchstverbrauch erklärt wurden: nach den letzten Meldungen beträgt die englische Grundration nur 269 Gramm Brot. Die Angaben für Frankreich, wo anfangs Dezember 1917 die gesetzliche Regelung des Brotverbrauchs erfolgte, dürften anlässlich der Nachrichten über die dort eingetretenen Schwierigkeiten, zu günstig sein. Das gleiche gilt für Italien und kann auch für die neutralen Staaten von Bedeutung werden, falls Störungen ihrer überseeischen Zufuhr eintreten sollten. Nach dem Inhalt von amtlichen und einwandfreien Quellen ergibt sich folgende Zusammenstellung:

Land	Männer			Frauen		
	Grundration	Schwerarbeiter	Erwerbslos	Grundration	Schwerarbeiterinnen	Erwerbslos
Deutschland	2006	2706	3406	1406	2106	2806
England	2010	3157	8636	1588	1800	2268
Frankreich	1400	2800	4200	1400	2100	8500
Holland	1778	2478	3178	1778	2478	3178
Oesterreich <sup>2)</sup>	1638	2438		1538	2338	
Bulgarien	2100	3500		2100	3500	
Italien	1750	2800		1750	2800	
Schweiz	1692	2450		1692	2450	
Dänemark		2206			2206	
Schweden		1820			1820	
Finnland		1820			1820	
Türkei		1750			1750	
Norwegen		1400			1400	
Petersburg		1428			1428	

<sup>1)</sup> ohne Streckungsmittel, <sup>2)</sup> Kinder unter 2 Jahren 1200 Gr., Rationierung: Brotation = 8 : 4.

Absolut genommen haben Dänemark, Bulgarien, Deutschland und England die größten Grundrationen mit je 4 Pfund und mehr, Norwegen und Frankreich die kleinsten durchschnittlichen Verbrauchsmengen mit je unter 3 Pfund die Woche. Der Wichtigkeit der Brotversorgung für die arbeitende Bevölkerung ist jedoch zweifellos am meisten in Deutschland Rechnung getragen. Dieser Vorrang der deutschen Brotwirtschaft wird anschaulich, wenn man die Benachteiligung der gerade in der Kriegswirtschaft zahlreich tätigen Frauen in der Brotversorgung der Westmächte berücksichtigt. Zu diesem Zwecke seien die wöchentlichen Brotverbrauchs mengen verschiedenartig zusammengesetzter Familien, insbesondere von Arbeiterfamilien, in Deutschland und bei den Westmächten einander gegenübergestellt:

Da bekanntlich innerhalb der einzelnen Familie eine Verteilung der gesamten zugeföhrten Brotmengen auf die Angehörigen eintritt, bedeuten diese Ziffern eine wesentliche Schöherstellung der feindlichen Völkern in der Brotversorgung. Da-

Land	in			
	Frankreich	Italien	England	Deutschland
Die wöchentliche Brotverbrauchs- menge beträgt für eine Familie, bestehend aus:				
				Pfund

- a) Mann, Frau (Grundrationen) 3 Kinder bis zu 6 Jahren 20 - 6 - 3 - 24
- b) Mann Schwerarbeiter, Frau und Kinder wie oben 21 - 4 - 2 - 14
- c) Mann Schwerarbeiter, Frau und Kinder wie oben 23 - 6 - 4 - 24
- d) Mann und Frau Schwerarbeiter, Kinder wie oben 23 - 5 - 2 - 3
- e) Mann Bergarbeiter, Frau und Kinder wie oben b) 24 - 4 - 5 - 34
- f) Mann Bergarbeiter, Frau Schwerarbeiterin, Kinder wie oben 25 - 4 - 4 - 44
- g) ohne Mann, Frau (Grundrationen) und 3 Kinder 16 - 5 - 2 - 34
- h) ohne Mann, Frau Schwerarbeiterin und 3 Kinder 17 - 5 - 1 - 44

bei soll nicht verkannt werden, daß im Auslande, wenn auch in abnehmendem Grade, noch andere und mehr Lebensmittel verbraucht werden können als bei uns. Auch ist die Ausmahlung des Brotmehls und die Streckung des deutschen Kriegsbrotmehls mit Kartoffeln für seinen Nährwert nicht ohne Belang. Wo aber im Auslande die gleiche Bereitstellungsart noch nicht eingeföhrt ist, bestehen durchweg Vorschriften zur Verlängerung des knappen Brotmehls durch Weizenmehl und andere Streckungsmittel. Bei der Bedeutung der Brotversorgung als Träger der gesamten Volksernährung auch für die Bevölkerung der uns feindlichen Staaten ist eben die starke Rationierung das äußere Zeichen für die dort überhandnehmenden Ernährungsschwierigkeiten.

In Italien hat man für das laufende Wirtschaftsjahr einen Einfuhrbedarf von 43 Millionen Doppelzentner Getreide festgesetzt. Der französische Landwirtschaftsminister erklärte, daß vom 1. Dezember 1917 bis 1. August 1918 mindestens 37 Millionen Doppelzentner Getreide nach Frankreich eingehracht werden müssen, wenn nicht ernste Gefahren für die Volksernährung und damit für die weitere Kriegsföhrtung eintreten sollten. Die gesamte englische Presse bietet jetzt fast nur noch ein Bild der Kämpfe, die sich um den Besitz des täglichen Brotes entzweit haben. Dabei kaufen sich die Stimmen, die öffentlich bezweifeln, ob die britische Nation trotz ihrer Einmütigkeit dem Hunger standhalten werde. Andererseits betonte der Nahrungsmittelminister der Vereinigten Staaten kürzlich die Unmöglichkeit weiterer größerer Getreideversöhffungen, wofür nicht das amerikanische Volk sich strenge Einschränkungen im Verkehr von Brot und Mehl auferlegt.

Die Ententeländer hören die Hungersnot bereits am eigenen Leibe, um so mehr, als offenbar wird, daß auf die amerikanische Unterstützung auch in dieser Hinsicht nicht gerechnet werden kann. Wenn die Westmächte nunmehr aus Außerziet, zur Brotationierung gezwungen haben, so sind heute die Brotarten in England, Frankreich und Italien — nach einem Ausbruch des italienischen Ernährungsministers — nur staatliche Anweisungen, für welche die Deckung fehlt, weil die Güter weit jenseits des Weltmeeres liegen und ihre rechtzeitige und hinreichende Beschaffung zur Unmöglichkeit geworden ist.

Der deutsche Verbraucher dagegen lebt heute mit Recht in der Gewißheit, daß sein Sack auf Brot jederzeit volle Einföhrtung findet, da die hierfür erforderlichen Getreidemengen sämtlich, wie auch jüngst der Präsident des Kriegsernährungsamts wiederholt veröflichtet, im Inlande sind. Es handelt sich in Deutschland lediglich darum, die Getreidevorräte noch wirksamer zu erfassen, um weitere Verbesserungen in der inländischen Brot- und damit in der Lebensmittelversorgung herbeiföhren zu können.

Bei den feindlichen Völkern wird daher angesichts des Scheiterns ihres Hungerungsplanes und der im eigenen Hause herrschenden Not die Genugtuung zur Beendigung des Krieges im wesentlichen von ihrer Föhigkeit im Ertragen schwerer und schwerster Entbehrungen bedingt sein. Deutschland kann demgegenüber, gestützt auf den festen Unterbau seiner Brotversorgung, in Ruhe der Entwicklung der innerwirtschaftlichen Verhältnisse bei den Westmächten, die mehr und mehr zu Grundbedingungen der Kriegsföhrtung geworden sind, abwarten.

### „Unabhängige“ Sprengungsverjud.

Es war vorauszusetzen, daß die Spaltung der sozialdemokratischen Partei auch ihre Wirkungen auf die freigewerkschaftlichen Organisationen ausüben würde. Derartige Bruderkämpfe mußten auch auf die gewerkschaftlichen Verbände übergrreifen. In Leipzig, in Braunschweig und an vielen anderen Orten hat man offen das Sprengpulver auch in die Gewerkschaftskarteile hineingetragen und andererseits, von wo Nachrichten nicht an die Öffentlichkeit gedrungen sind, hat man ebenfalls versucht, die Herrschaft der „Unabhängigen“ zu etablieren.

Wer es wohl meint mit der Arbeiterkraft, kann diese Vorgänge nur bedauern. Schlimm genug, daß es bisher schon mehrere Richtungen in der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter gab. Sollte man, wie es die Deutschen Gewerksvereine wollen, auf wirklich neutraler Grundlage die Organisation der Arbeiter vorgehen, dann gäbe es nur eine Richtung. Jedoch wie die Verhältnisse liegen, möchte man sich mit dem bisherigen Zustande abfinden und konnte nur darauf hinwirken, daß die verschiedenen Organisationsrichtungen, wie dies der strikt ausserordentlichem Wege gebracht hat, die gemeinschaftlichen Ziele in tatkräftiger Zusammenarbeit zu erreichen suchten. Das ist umso notwendiger, als auf der einen Seite die Unternehmer, ohne Rücksicht auf parteipolitische oder konfessionelle Unterschiede, ihre Organisationen fest begründet und stark ausgebaut haben, auf der andern Seite aber so viel wichtige Aufgaben im Interesse der Arbeiterkraft ihrer Erledigung harren, daß unter den Organisationen ein festes Hand-in-Handarbeiten dringend geboten ist.

Aber was kümmern die „Unabhängigen“ solche Erwägungen! Zur Förderung ihrer politischen Ziele scheuen sie auch vor einer weiteren Verschärfung der Gewerkschaftsbewegung nicht zurück. Die Verhältnisse sind ihnen günstig. Grund zur Mißstimmung ist genug vorhanden, und was ist leichter, als in solchen Zeiten mißvertraute und verärgerte Arbeiter durch recht radikale Agitationsmethoden auf seine Seite zu bringen. Ob damit eine wirtschaftliche Schädigung der Arbeiter verknüpft ist, danach fragen jene politischen Trabanten nichts. Die Hauptfrage für sie ist, daß sie möglichst viele Leute vor ihren Wagen gespannt bekommen.

Das zeigen besonders deutlich die Verhältnisse, wie sie sich zurzeit in Württemberg entwickeln. In einer uns ausgenommen längeren Rücksicht auf Stuttgart wird geschildert, wie dort die Unabhängigen die Verschärfung der Arbeiterbewegung betreiben. Die Stuttgarter Organisation der Unabhängigen hat danach in ihrer Versammlung folgende Anträge angenommen:

Die heutige Mitgliederversammlung des Unabhängigen sozialdemokratischen Vereins sieht die politisch gewerkschaftliche Einheitsorganisation als notwendigen Rahmen der kommenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit an. Die Versammlung beauftragt die Parteileitung, die nötigen Schritte zu unternehmen und von diesem Standpunkt aus eine fruchtbare Tätigkeit der Parteigenossen zu erwidern.

Ein zweiter mit 53 gegen 47 Stimmen angenommener Antrag lautet:

„Eine 7 Mitglieder starke Kommission ist zu wählen, welche die Vorarbeiten in Stuttgart in die Hand nimmt, zur Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Kampfbewegung.“

Die Arbeiterschaft Württembergs steht somit vor der Geburt einer „politisch gewerkschaftlichen Einheitsorganisation“, deren erstes Werk ist die weitere Verschärfung der bisherigen Organisation. Nämlich ein Schauspiel, an dem jeder Scharführer seine helle Freude hat! So möchte es aber kommen, wenn man die Arbeiterbewegung nicht freizubehalten vermöchte von parteipolitischen Streitigkeiten. Von unserer Seite sind derartige Ereignisse längst vorausgesehen worden. Leider hat uns nun die Erfahrung Recht gegeben.

Den äußeren Anlaß zu der „politisch gewerkschaftlichen“ Neuanordnung hat das völlige Fiasco des Generalstreiks in Württemberg abgeben. Dank der Einfachheit der hiesigen Arbeiter fanden diese Demonstrationen hier keinen Boden. Den Unabhängigen paßt dies nicht in den Kram. Man hätte gar zu gern gesehen, daß auch der biedere schwäbische Arbeitermann die Hand zum Streik geboten und seine Schwärmer Brüder draußen an der Front im Stich gelassen hätte. Auf politischem Wege konnte man dieses Ziel nicht erreichen; jetzt will man in den Gewerkschaften den Boden für solche Forderungen vorbereiten, um dann vielleicht das russische Vorbild nach Deutschland verpflanzen zu können.

Alzuviel Seide werden die Unabhängigen bei uns in Württemberg ja nicht spinnen. Der vernünftige Teil der Arbeiterschaft muß aber aus diesen Vorgängen erkennen, welche ein gefährliches Spiel es ist, wenn man die wirtschaftliche Arbeiterbewegung mit Dingen verknüpft, die nicht hineingehören. Die Arbeiterorganisation muß religiös neutral und parteipolitisch unabhängig sein, wie es die Deutschen Gewerksvereine wollen. In ihnen finden deshalb die Arbeiter diejenige Organisation, in der jeder, unbeschadet seines religiösen und politischen Glaubensbekenntnisses, seine wirtschaftlichen Interessen vertreten kann.

## Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 1. März 1918.

Eine Verleumdung der Gewerksvereine ist wieder einmal durch die geuerliche Presse gegangen und auch vom Abg. Scheidemann im Reichstage ausgesprochen worden. Trotz der Erklärung des Zentralrats, in der die Gewerksvereinsmitglieder und alle auf freischicht-nationalen Boden stehenden Arbeiter eindringlich vor der Beteiligung am Streik gewarnt wurden, hätten „die „Stirde“ für jeden Tag der Arbeitsniederlegung aus einem Sonderfonds — nicht aus der Haupt- oder Lokalkasse — eine Unterstüzung von 5 Mk. erhalten.“

Diese Behauptung ist natürlich un wahr, um aber der Sache auf den Grund zu geben, wandte sich die Verbandsleitung an den Ortsverband in Hamburg, weil im dortigen „Echo“ zuerst die Notiz gestanden hatte. Als Antwort erhielten wir die Nummer des Hamburger „Echo“ vom 24. Februar zugesandt, die folgende Berichtigung enthält:

Die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften und der Passenstreik.

Unter dieser Stichmarke brachte das „Hamburger Echo“ in der Nr. 44 vom 21. Februar 1918 die Mitteilung, daß die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften für jeden Tag der Arbeitsniederlegung aus einem Fonds — nicht aus der Haupt- oder Lokalkasse — eine Unterstüzung von 5 Mk. an ihre Mitglieder zahlten. Diese Behauptung ist vollständig un wahr. Die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben aus Anlaß des Streikes aus keiner Kasse und auch nicht aus einem besonderen Fonds Unterstüetzungen ausbezahlt und werden auch keine auszahlen. Die aus der Werbung gewonnenen Schüsse der Redaktion sind wohl dadurch hinfallig.

Der Ortsverbandsvorsitzende:

J. Gerswandt.

Ob nun die übrigen Verleumder auch der Wahrheit zu ihrem Rechte verbleiben werden?

Die Wirkung der Streiks ist nicht die Friedensförderung, wie man harmlosen Gemütern einzureden versucht hat, sondern das gerade Gegenteil. Man lese nur folgende Sätze, die die dänische radikale Provinzpresse in einem „Meber das Ziel hinaus“ überschriebenen Aufsatz schreibt, der sich mit den letzten Streikbewegungen in Deutschland und Oesterreich und deren Wirkung auf die Ententeländer beschäftigt:

„In der Presse der Ententemächte beschäftigt man sich lebhaft mit der inneren Lage Deutschlands und Oesterreichs, und man spricht offen seine Freude über die Zustände in beiden Ländern aus. Sowohl englische als französische Blätter deuten ganz offen an, daß der Versailleser Beschluß über die Fortsetzung des Krieges die unmittelbare Folge der deutschen und österreichischen Arbeiterdemonstrationen war. Wenn dies richtig ist, haben somit die deutschen und die österreichischen Arbeiter gegen ihren Willen zur Verlängerung des Krieges beigetragen. Es besteht daher Aussicht, den Frieden näher zu bringen, wenn die Entente einem ungeschwächten Deutschland gegenüber, dessen Befestigung ausstehlos ist, als wenn Deutschland bereit gelassen wird, daß seine Besiegung der Entente möglich erscheint. Somit scheint es eine tragische Tatsache zu sein, daß die deutschen und österreichischen Arbeiter mit ihren Ausübungen dazu beitragen, die vorhandenen schwachen Friedenshoffnungen zum Erlöschen zu bringen, indem sie den Gegnern der Ententemächte neue Siegeshoffnungen einflößen.“

Vielleicht tragen diese aus einem neutralen Lande stammenden Ausführungen mit dazu bei, dem einen oder dem andern doch die Augen zu öffnen über die wahren Wirkungen von Arbeiterausübungen.

Die Errichtung von Arbeiterausschüssen auf Grund des Hilfsdienstgesetzes ist für die Leiter zahlreicher Großbetriebe, in denen bisher der absolute Herr-im-Daunse-Standpunkt galt, eine Bille, die sie durchaus nicht inkluden mögen. Es hat ununterbrochenen Drängens seitens der Arbeiterorganisationen bedurft, um sie zur Erfüllung der ihnen gesetzlich vorgeschriebenen Verpflichtungen zu bringen. Im Herbst vorigen Jahres noch war unsere Verbandsleitung in der Lage, dem Abg. Weinhausen eine lange Liste von Betrieben zu nennen, in denen die Arbeiterausschüsse noch nicht gebildet waren. Unser parlamentarischer Syndikus hat diese Liste dem Reichswirtschaftsamt vorgelegt und um Abhilfe erlucht. Wie Herr Weinhausen jetzt mitgeteilt wird, sind daraufhin Ermittlungen angestellt worden, die ergeben haben, daß in einzelnen Betrieben Arbeiter-Ausschüsse bereits bestehen, in anderen solche inzwischen errichtet worden sind.

Wir werden die Angelegenheit jedenfalls im Auge behalten und dafür sorgen, daß im Interesse der Arbeiterschaft die gesetzlichen Vorschriften überall durchgeführt werden.

Der Jahresabschluss unseres Gewerksvereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter für 1917 liegt gedruckt vor und zeigt wiederum ein günstiges Bild der Entwicklung sowohl, wie er auch bestätigt, daß die Grundlagen des Gewerksvereins durchaus solide und gesund sind. Der Bericht schließt für Ende 1917 ab mit einem Vermögensbestand von 489 877,78 Mk. Gegenüber dem Vorjahre mit einem Bestand von 438 749,32 Mk. ist also ein Vermögenszuwachs um 51 128,46 Mk. zu verzeichnen. Selbstverständlich entfällt der Löwenanteil dieser Summe auf die Hauptkasse des Gewerksvereins. Ein schließlich des Pensionsfonds verfügt nunmehr der Gewerksverein über ein Vermögen von nahezu einer halben Million Mark.

Auch die finanzielle Lage der Kranken- und Pensionskasse des Gewerksvereins ist durchaus günstig, wenn auch das Vermögen im Berichtsjahre von 355 027,27 Mk. auf 346 981,14 Mk. gesunken, also um 8016,13 Mk. herabgegangen ist. Auf die Krankenkasse entfallen von dem Vermögen 183 750,59 Mk., auf die Pensionskasse 163 230,55 Mk. Diese Siftern bedeuten für jeden denkenden Arbeiter eine eindringliche Mahnung, sich der Organisation anzuschließen, sie sind aber auch ein unkräftiges Material für die Agitation. Wir wollen nur wünschen, daß auch der zu Ostern stattfindende Delegiertentag des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter derartige Beschlüsse faßt, daß die Verbände erleichtert und damit die Förderung unserer Gesamtorganisation gefördert wird.

Für das gleiche Wahlrecht in Preußen tritt der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland in folgender öffentlicher Erklärung ein:

„Der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland erhebt im Namen von Millionen deutscher, insbesondere preussischer Männer und Frauen aller Berufsstände den schärfsten Einspruch gegen den neuerlichen Beschluß der Verfassungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses, wonach für Preußen ein Pluralwahlrecht eingeführt werden soll. Der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland drückt die bestimmte Erwartung aus, daß es im weiteren Verlaufe der Verhandlungen noch gelingen wird, diesen volkfeindlichen Beschluß zu beseitigen und den berechtigten Ansprüchen aller Volksschichten auf gleichberechtigte Mitwirkung am Verfassungsleben des Staates Geltung zu verschaffen.“

Insbepondere richtet der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland an alle Mitglieder des Verfassungsausschusses sowie an alle Mitglieder des Hauses der Abgeordneten die dringende Mahnung, nicht durch neue, die breiten Volksschichten entprechende Beschlüsse die Erbitterung im Lande noch zu steigern. Nach den Erlebnissen dieses Krieges kann an ein anderes Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhause als an ein gleiches nicht mehr gedacht werden.

Der königlichen Staatsregierung spricht der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland Dank aus für die Entschiedenheit, mit der sie bisher ihre Vorlage vertreten hat; er richtet an sie die dringende Bitte, vor keinem Mittel zurückzuflehen, das geeignet erscheint, dem gleichen Wahlrecht zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland gibt zugleich seinem lebhaften Befremden Ausdruck über die den inneren Frieden gefährdende Art, in der die Verhandlungen des Bundes der Beweise dieser Tage in Berlin geführt worden sind. Der Vorstand des Volksbundes legt bei voller Würdigung der sachlichen Rechtmäßigkeiten gegen solche, die Geschlossenheit unseres Volkes gefährdende Ausfälle ernste Verwahrung ein.“

Dr. Dieberich Sahn, der langjährige Direktor des Bundes der Landwirte, ist in Hamburg nach längerem Weiden gestorben. Mit ihm ist einer der rücksichtslosesten Führer der Karrierer dahingegangen, der im öffentlichen Parteileben eine hervorragende Rolle gespielt hat. Längere Zeit hat er dem deutschen Reichstage angehört; das preussische Abgeordnetenhaus zählte ihn bis zu seinem Tode zu seinen Mitgliedern. Wenn wir von dem Ableben Dr. Sahns besondere Notiz nehmen, so geschieht dies lediglich deswegen, weil die Erinnerung an einen Vorgang nachgerufen wird, der sich jetzt vor gerade 10 Jahren abgespielt hat. Unser damaliger Verbandsvorsitzender, Kollege Goldschmidt, gehörte noch dem preussischen Abgeordnetenhaus an. Als Dr. Sahn die Fortschrittler in seiner bekannten Rede auf das größte Verbrechen, rief ihm Goldschmidt entriübt das Wort „Freiheit“ entgegen. Dafür erhielt unser Führer vom Präsidenten einen Ordunnsruf, und für jeden parlamentarisch und vernünftig denkenden Menschen wäre die Angelegenheit erledigt gewesen. Dr. Sahn aber hatte eine andere Auffassung von der Sache. Er schickte nämlich dem Abgeordneten Goldschmidt seine Sekundanten, um ihn zur Zurücknahme der Beleidigung aufzufordern oder ihm eine Forderung zum Duell zu überbringen. Kollege Goldschmidt lehnte beides ab, da er selbstverständlich grundsätzlicher Gegner des Zweikampfes war.

Die Sache hat damals nicht nur in den Kreisen der Gewerksreiner, sondern in der gesamten Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. Wer den Charakter und die Art Dr. Sahns kannte, wird allerdings nicht sonderlich erstaunt über sein Vorgehen gewesen sein.

Die Brücke zu Frieden und Wohlstand. In Wälde ergreift an das deutsche Volk der Aufruf zur achten Kriegsanleihe. Da gilt es unseren Feinden zu zeigen, daß wir auch in Zukunft dem Reich die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen, und daß da auch der Arbeiter und Angestellte nicht zurückbleibt. Die achte Kriegsanleihe muß wieder ein voller Erfolg werden.

Dieser Wille ist auch in unserer gemeinsamen Deutschen Volksvereinerung lebendig. Sie will all denjenigen, die dem Vaterlande in schwerer Zeit ihre Mittel zur Verfügung stellen wollen, Kraftvoll unter die Arme greifen. Mit Hilfe ihrer Kriegsanleiheversicherung gibt sie jedem die Möglichkeit, bei nur geringer Barabzahlung (mit 5 Prozent der gezeichneten Summe) Großes zu leisten. Das Ergebnis bei den früheren Kriegsanleihen beweist, daß weithin volles Verständnis dafür vorhanden ist.

Nur die kraftvoll entschlossene Tat führt zum Frieden, und zwar zu einem guten Frieden. Auf diese Brücke sollen wir treten. Sie führt auch zum Wohlstand, nicht zuletzt deshalb, weil in einer abgeschlossenen Kriegsanleiheversicherung auf das Leben des Mannes, der Frau oder der Kinder (über sieben Jahre), die Sicherung für die Zukunft beruht. Sie ist ein guter Schutz gegen die Wechselfälle des Lebens.

Und so darf man hoffen, daß in unseren Reihen nicht nur von der Kriegsanleiheversicherung ein recht reger Gebrauch gemacht wird, sondern auch aus unseren Reihen viele dadurch helfen, daß sie bei Freunden und Kollegen für sie werden. Jeder Ortsverband sollte wenigstens einen Kollegen bestellen, der die Sache in die Hand nimmt und sich möglichst bald mit der hierfür zuständigen Generalredaktionsstelle Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221-23, in Verbindung setzt.

Die Zentralkommission der deutschen Arbeitnehmerverbände Oesterreichs hatte zu Anfang Februar einen Vertretertag und im Anschluß daran eine Kriegstagung der deutsch-nationalen Arbeitnehmerverbände Oesterreichs nach Wien einberufen. Beide Veranstaltungen, die sich eines sehr guten Besuchs und einer regen Beteiligung durch die verschiedenartigsten Behörden erfreuten, haben einen vorzüglichen Verlauf genommen. Vertreten waren etwa 52 000 organisierte Arbeitnehmer. Der Vertretertag beschäftigte sich hauptsächlich mit Organisationsfragen. Nach Erstattung des Tätigkeitsberichts durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Gattermayer, aus dem ein Wiederaufleben der durch den Krieg arg in Mitleidenschaft gezogenen Bewegung ersichtlich wurde, nahmen einen breiten Raum die Beratungen ein, die durch die Ergebnisse des Krieges notwendig geworden sind zur Ergänzung der Grundzüge der deutsch-nationalen Gewerkschaften Oesterreichs. Nach den programmatischen Vorkäufen sind die deutsch-nationalen Gewerkschaften als politisch neutrale Gebilde zu betrachten, die es ihren

Mitgliedern freistellen, sich parteipolitisch beliebig zu betätigen, nur mit der einzigen Bedingung, daß sie ihren ganzen Einfluß geltend machen zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen innerhalb derjenigen Partei, der sie angeschlossen sind. Die Berichte der einzelnen Vertreter haben das erhellende Bild des Aufstrebens der Bewegung während des Krieges auch in Orten, wo selbst in Friedenszeiten keinerlei nennenswerte Anlässe zu versammelten waren.

Die Kriegstagung brachte eine stattliche Reihe wichtiger Resolutions. Besonders hervorzuheben sei der Vortrag Gattermayers über die Errichtung von Arbeitskammern, in denen er das einzige Mittel sieht, einerseits die sozialpolitische Gesetzgebung und deren Ausbau in ein reicheres Tempo zu bringen, andererseits die Stetigkeit der nach dem Kriege äußerst notwendigen Entwicklung der Wirtschaftskraft des Staates durch Vermeidung von Arbeitskämpfen, durch Errichtung von Schlichtungsstellen und Einigungsämtern zu gewährleisten. Sekretär Krebs sprach über die Wiedereinführung der Kriegsschadhaften Arbeiter in die Volkswirtschaft und führte bittere Klagen über die passive Resistenz in der Provinz seitens der Behörden gegenüber dieser außerordentlich wichtigen Frage. Andere Resolutions betrafen die soziale Versicherung, den Abbau der Frauenarbeit, die Wohnungsfrage u. a. m. Mit Recht konnte der Vorsitzende in seinem Schlusswort darauf hinweisen, daß der Vertretertag und die Kriegstagung den Beweis erbracht hätten, daß in Oesterreich eine deutsch-nationale Gewerkschaftsbewegung vorhanden sei, die, getragen von der felsenfesten Ueberzeugung von dem endlichen Siege der von ihr vertretenen Ideen, sich im Aufsteigen befinde und ein Faktor im öffentlichen Leben sei, mit dem gerechnet werden müsse, den niemand mehr übersehen könne.

Leuerungszulagen an Ärzte. In vielen Orten sind die Ärzte an die Krankenkassen, für die sie tätig sind, herangetreten wegen Gewährung einer Leuerungszulage zu der vertraulich bestimmten Vergütung. Die großen Verbände der Krankenkassen haben zu diesem Vorhaben der Ärzte Stellung genommen und veröffentlichten jetzt folgende gemeinschaftliche Erklärung:

Die Ärzte bilden einen freien Berufsstand und können sich nicht auf die Verhältnisse bei den im allgemeinen auf feste Bezüge angewiesenen Beamten, Angestellten und Arbeitern berufen. Bei den meisten Krankenkassen sichern die Kriegsbedingungen den Ärzten ohnehin einen Anstoß gegenüber den Verhältnissen der Leuerung: Kriegsteilnehmer sind freiwillige Kassenmitglieder; für sie wird der Pauschalbeitrag, obwohl Leistungen der Kassenmitglieder nicht in Betracht kommen. Viele Tausende von Frauen und Mädchen haben während des Krieges eine Erwerbstätigkeit aufgenommen; für diese bezahlen die Kassen den Pauschalbeitrag für Versicherte, wogegen früher ihre ärztliche Versorgung durch den Familien-Pauschalbeitrag abgegolten wurde. Bei vielen Kassen war und ist noch vor allem in der Familienfürsorge festzustellen, daß die Ärzte erheblich weniger in Anspruch genommen werden als vor dem Kriege, so daß die Ärzte mehr Zeit für die Privatpraxis zur Verfügung und damit die Möglichkeit haben, ihre Einkünfte wesentlich zu steigern. Da mehr als 50 v. H. der Ärzte im Wehrdienst stehen, ist den verbleibenden Ärzten eine große Praxis und damit auch ein hohes Einkommen gewährleistet. Viele Kassen müssen wahrnehmen, daß zahlreichere Ärzte wegen ihrer ausgedehnten Tätigkeit die Leistungen auf das unbedingt notwendige beschränken. Die Gebühren für Lebensmittelaufträge, für Zubehörungen und besondere Untersuchungen erhöhen die Einkommen der Ärzte. Die Wehrärzte erhalten auch verhältnismäßig erhebliche Bezüge. Nach Feststellungen, die an einzelnen Orten gemacht worden sind, haben diese Ärzte über 30 000 Mark Einkommen allein aus Kassenpraxis. Hinzu kommen die Bezüge aus anderen öffentlichen und ähnlichen Einrichtungen sowie die gesamten bedeutenden Einnahmen aus der Privatpraxis. Bei dieser Sachlage können es die Krankenkassen nicht verantworten, den Ärzten eine allgemeine Leuerungszulagen zuzubilligen. Die Krankenkassen geben denjenigen Ärzten, welche glauben, nach ihren gesamten Einkommensverhältnissen Anspruch auf eine Leuerungszulage zu haben, anheim, an die für sie in Betracht kommenden Kassen entsprechend heranzutreten. Die Kassen werden - an den einzelnen Orten gemeinsam - diese Erfordernisse prüfen und ihnen, falls sie gerechtfertigt sind, statgeben.

Das heißt mit andern Worten, daß die Krankenkassen es ablehnen, eine allgemeine Leuerungszulagen zu bewilligen, daß sie aber von Fall zu Fall mit Rücksicht auf die Leuerungsverhältnisse bereit sind, den Ärzten eine Aufbesserung ihrer Bezüge zu gewähren.

Papiergarne. Die Reichsbekleidungsstelle gibt bekannt, daß fortan Wirk- und Strickwaren, die ausschließlich aus Baumwollgarne hergestellt sind bezugsbefreit sein sollen. Für die

Versorgung der breiten Massen ist dieser Beistand ohne praktische Bedeutung. Denn die Preise für Papierstoffe sind so unerhört hoch, daß man Papiergewebe und daraus gefertigte Sachen fast als Luxuswaren betrachten muß. Es ist zu befürchten, daß durch die Bezugsbefreiung daran nichts geändert wird. Man wird im Gegenteil darauf geachtet sein müssen, daß die allmächtige Papierindustrie, die schon recht bedeutende Kriegsgewinne eingespart hat, sich die bezugsbefreiten Waren noch teurer bezahlen läßt, wenn nicht, was dringend zu wünschen wäre, von oben dem Preisanstieg endlich ein Ende gemacht wird.

**Aus dem Verbands.**

**Versammlungen.**

Berlin, Diskussionsklub der Deutschen Gewerksreiner, Reichswaldstr. 221-23. Jeden 1. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch den 6. März, abends 8 1/2 Uhr. - Handlungsgewerksreiner Groß-Berlin (Ortsverein II S. D.) Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im „Sport-Restaurant“, Dierckstr. 1. Die beiden anderen Dienstags-Sitzungen, Lübbowstr. 38 bei Gerold. - Sonnabend, den 23. Februar 1918, Maschinenbau- und Maschinenbau- und Metallarbeiter Reich III. Sonnabend, den 2. März, abends 8-10 Uhr: Jobiläum im „Nordwest-Station“, Altkraut 16.

**Orts- und Bezirksverbände.**

Breslau (Ortsverband). Sonntag, den 3. März, abends 8 Uhr im Saal Neue Wache 25 (früher Bergstr.). F. D. u. a.: Vortrag des Herrn Reichswaldstr. 221-23 über „Das Hilfsdienstgesetz“. Angehörige, Freunde und Bekannte der Gewerksvereinsmitglieder sind herzlich willkommen. - Hannover, Linden und Umgegend. Sonntag, den 3. März, vorm. 10 Uhr Vertretertagung bei: Reichs. Königswalderstr. 15. Sämtliche Vertreter haben pünktlich zu erscheinen.

**Anzeigen-Teil.**  
**Für Sozialpolitik nach dem Kriege!**

Diesem Zweck dient eine **Große Rundgebung,** die von der Gesellschaft für Soziale Reform für **Samstag, den 14. April 1918, mittags 12 Uhr** in der Philharmonie, Bernburgerstr. 22, festgesetzt ist. **Unser Verband muß stattdessen vertreten sein!**

Die Ortsvereine von Groß-Berlin müssen dafür sorgen, daß ihre Mitglieder in großer Zahl an der Rundgebung teilnehmen.  
**Die Soziale Kommission für Groß-Berlin.**

Vom Verbandsbureau zu beziehen sind die Broschüren:  
**Was der Arbeiter von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wissen muß.**

Vom Verbandsbureau besorgt von:  
**Meine Ansprüche aus der Unfallversicherungsgesetzgebung.**

Von Karl Goldschmidt.  
**Rechte und Pflichten aus der Krankenversicherung in der Reichsversicherungsordnung.**

Von Karl Goldschmidt.  
Jeder Gewerksreiner sollte schon im eigenen Interesse in den Besitz dieser Schriften setzen. Preis pro Exemplar 30 Pf., 10 Stück 1,20 RM., 20 Stück 4,75 RM. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einlegung des Betrages zu richten an den Verbandsbureau Rudolf Klenz, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

**Der Zentral-Arbeitsnachweis**  
der Berliner Gewerksreiner (Strich-Funktor)  
**NO. 55, Greifswalderstraße 221-23**  
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.  
Bismarckstr. 100, Berlin, N. O.